



Planen und Bauen in Oberbayern

# Infobrief

# 13



## INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

Daseinsvorsorge – die Bereitstellung technischer, sozialer und mobilitätsbezogener Infrastruktur – beansprucht im Kommunalhaushalt einen großen Teil der vorhandenen Mittel. Die oft knappen kommunalen Ressourcen und die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels fordern zügig neue, integrierte Lösungen für die Bewältigung dieser Gemeindeaufgaben. Effizienzsteigerung (Kosten bleiben gleich, Leistung steigert sich) oder Kosteneinsparung (Leistung bleibt gleich, Kosten senken sich) und daraus resultierender Gestaltungsspielraum als Ziel legen einen bewährten Ansatz nahe:

Interkommunale Zusammenarbeit ist eine vielfach erprobte und erfolgreiche Methode um versorgungstechnischen und finanziellen Problemlagen gewachsen zu sein. Dabei geht es nicht darum, kommunale Gebietsabgrenzungen zu hinterfragen. Ziel muss es sein, die wertvolle kommunale Identität durch einen passgenauen und aufgabenbezogenen Einsatz kommunaler Ressourcen oder Investitionen über die Gemeindegrenzen hinaus langfristig zu stärken. Dabei zieht nicht ohne Grund die erste Kooperation meist einen Ausbau der Zusammenarbeit oder Folgeprojekte auf anderen Handlungsfeldern nach sich.

Die Veränderungen, die uns in den nächsten Jahrzehnten erwarten, fordern auch veränderte Sichtweisen und Herangehensweisen zur Bewältigung von kommunalen Aufgaben. Aktuelle politische

Ziele, wie zum Beispiel die Energiewende, die Barrierefreiheit, die generelle Digitalisierung und moderne Anforderungen an Mobilität drängen zu einer Neuorganisation und Bündelung der Kompetenzen.

Wie kann diese Strategie erfolgreich umgesetzt werden? Praxisorientierte Grundlagenenerhebung, langfristige Überprüfung der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und ein methodisches Vorgehen bilden eine solide Basis für interkommunale Projekte. Leitfäden zu Handlungsfeldern, Vorgehensweisen und eine Umsetzung im passenden rechtlichen Rahmen entscheiden dann über ein erfolgreiches Ergebnis. Die Regierung von Oberbayern unterstützt und fördert solche Partnerschaften und stellt Erfahrungswerte zu vorbildlichen Projekten zum Austausch bereit.

Der erste Schritt über die Gemeindegrenze hinaus fällt jedoch vielerorts schwer. Und dies, obwohl ihm eine ganz einfache Gleichung zugrunde liegt: Durch die Zusammenlegung von Kapazitäten kommt es zu Einsparungen, die wiederum Ressourcen freisetzen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden und sinnvoll eingesetzt werden können.

Effizienz und Effektivität in der Bewältigung der kommunalen Herausforderungen muss also das Ziel sein. Auf diesem Wege kann die Basis für die kommunale Identität geschaffen werden: Gestaltungsspielraum.



### VERGABE STROMKONZESSIONEN

19 Gemeinden im Landkreis Ebersberg

Die Konzessionsverträge im Landkreis Ebersberg laufen in den kommenden Jahren aus und müssen von den Gemeinden neu ausgeschrieben werden. Inhalt dieser Verträge ist das Recht, örtliche Stromversorgungsnetze zu erwerben und zu betreiben.

Diese Neuvergabe betrifft Kommunen wiederkehrend in langfristigen Zyklen und stellt damit ein seltenes und aufwendiges Verfahren dar – in vielerlei Hinsicht. Im Vordergrund steht die rechtskonforme Umsetzung vergaberichtlicher Vorgaben. Gleichbehandlungsgrundsatz und Transparenzgebot gilt es zu wahren, um zügig zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen. Frühzeitige und umfassende Grundlagenarbeit, Bewertung und Vorbereitung in kommunaler Union schaffen neben erheblichen Kosteneinsparungen von über 80% eine strukturierte Basis für ein gemeinsames Vorgehen und einen organisatorischen und rechtlichen Rahmen zur Umsetzung.

Das Projekt wird federführend von der kommunal getragenen Energieagentur Ebersberg begleitet und umfasst 19 Gemeinden.

Die Einleitung des langjährigen Projektes wurde im Rahmen des Förderprogramms Interkommunale Zusammenarbeit durch das Bayerische Staatsministerium des Innern bezuschusst. Neben den Einsparungen bei dieser Vorgehensweise ist die strukturierte und effiziente Herangehensweise modellhaft.

Der Kreistag und die Gemeinden des Landkreises Ebersberg befassen sich zudem seit dem Jahr 2015 mit dem Ziel, eine Gesellschaft zu gründen, die selbst Anbieter sein wird im Wettbewerb um die Konzessionen.



### ABWASSERENTSORGUNG

Adelschlag, Egweil und Nassenfels

Die Gewährleistung technischer Infrastruktur ist eine der großen Herausforderungen in der gemeindlichen Entwicklung sowie im gemeindlichen Haushalt. In den Spannungsfeldern von Ökologie, Wirtschaftlichkeit und Aus- oder Überlastung werden viele der in die Jahre gekommenen Anlagen ihren Anforderungen nicht mehr gerecht. Instandhaltung, Ausbau und Nachrüstung geraten, seien sie auch noch so langfristig und weitläufig geplant, an Grenzen.

Mit den Einflüssen, die zudem noch der demografische Wandel auf Siedlungsstrukturen und Wohnformen nimmt, wird es noch naheliegender, diese Aufgabe Gemeindegrenzen übergreifend anzugehen; so im Beispiel aus den Gemeinden im Landkreis Eichstätt. Die beteiligten Gemeinden betreiben derzeit sechs Kläranlagen, bei denen die abwasserrechtlichen Erlaubnisse in den nächsten Jahren auslaufen. Ausbau oder Nachrüstung kommen größtenteils nicht mehr in Frage. Durch eine räumliche Konzentration in Kombination mit der Verwendung neuester Technik soll für die Gemeinden und damit für die Bürgerinnen und Bürger langfristig eine Kostenersparnis erzielt werden.

Die Ausarbeitung des Vorhabens wird im Rahmen des Förderprogramms Interkommunale Zusammenarbeit durch das Bayerische Staatsministerium des Innern bezuschusst. Die umfassende Herangehensweise und die Projektvorbereitung sind beispielhaft und nur mit intensivem Engagement der Beteiligten umsetzbar. Großen Wert legen die Gemeinden auf einen integrierten Bürgerdialog in allen Phasen des Vorhabens.



### TECHNISCHES BAUAMT

Buchbach, Schwindegg

Insbesondere im Rahmen hoheitlicher Gemeindeaufgaben herrscht vielerorts bislang Zurückhaltung bei der Zusammenarbeit. Jedoch besonders in diesen strukturierten und ablauforientierten Aufgaben liegen Potentiale für eine interkommunale Abwicklung. Überschaubar können Schritt für Schritt Prozesse gemeinsam bewältigt werden. Hohe Synergieeffekte und Kosteneinsparungen wie an diesem Beispiel werden möglich.

Die Gemeinden erkannten hier ihr Potenzial für den Weg zu einer sinnvollen Zusammenarbeit. Nach einer ersten erfolgreichen Zusammenlegung der Standesämter folgte nun das nächste, deutlich komplexere Projekt – das interkommunale technische Bauamt.

Mit der Schaffung einer neuen und erstmals gemeinsamen technischen Stelle werden in den nächsten Jahren die Kosten für externe Leistungen, wie die Koordination von Planungsaufgaben, die Durchführung von kleineren Ausschreibungen und Vergaben sowie Bauleitungsaufgaben um bis zu 80% reduziert werden. Auch die zentrale Koordination der Bauhöfe wird zukünftig vom technischen Bauamt umgesetzt. So kann zukünftig ein lückenloser Wissenstransfer zwischen einzelnen Projektabschnitten oder Bauvorhaben gesichert werden.

Die Umsetzung des Projektes wurde im Rahmen des Förderprogramms Interkommunale Zusammenarbeit durch das Bayerische Staatsministerium des Innern bezuschusst. Die hohen Einsparungen und die Festigung von Fach- und Planungskompetenz auf kommunaler Seite zeichnen dieses Projekt als ein besonders vorbildhaftes aus.



### AUSBILDUNG AM BAUHOFF

Lohkirchen, Oberbergkirchen, Schönberg und Zangberg

Kooperationen am Bauhof eignen sich – so der Erfahrungswert – gut für einen Einstieg in langfristige interkommunale Beziehungen. Bedarf es einerseits keines übermäßig großen Aufwandes, Gerätschaften und Maschinen gemeinsam zu erwerben und einzusetzen, ist doch die Einsparung dabei eine offensichtliche. Aus gutem Grund entwickelt sich oft aus der ursprünglich vermeintlichen Einkaufsgemeinschaft ein Gemeingegrenzen übergreifendes Netz von Bauhofstandorten mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Mit dem Projekt der vier Gemeinden im Landkreis Mühldorf a. Inn werden die Möglichkeiten zur Kooperation auf dem Bauhof auf eine neue Ebene gehoben. Die Kommunen, die im übertragenen Wirkungskreis schon seit 1978 erfolgreich in einer Verwaltungsgemeinschaft agieren, führen nun eine interkommunale Ausbildung am Bauhof durch.

Im September 2016 wurde der Auszubildende eingestellt. Vielfältige Synergien entstehen bereits jetzt bei den Beteiligten: der stete Austausch, die Festigung von kommunaler Fachkompetenz und eine effektivere Aufgabenerledigung. Die Realisierung dieses vorbildlichen Projektes wurde im Rahmen des Förderprogramms Interkommunale Zusammenarbeit durch das Bayerische Staatsministerium des Innern bezuschusst. Kleine Kommunen haben sich mit dieser Kooperation einen Weg geschaffen, selbst ausbilden zu können und damit qualifizierten Nachwuchs zu generieren; die Modellhaftigkeit zeichnet dieses Projekt als ein besonders zukunftsweisendes aus.



### ÄLTER WERDEN AUF DEM LAND

Buch am Buchrain, Forstern, Hohenlinden und Pastetten

Kommunen in Stadt und Land müssen mit dem demografischen Wandel umgehen. Für Kommunen, die im Umfeld der Landeshauptstadt München mit massivem Siedlungsdruck zurechtkommen müssen, bringt diese Fragestellung noch zusätzliche Herausforderungen. Die Gestaltung des öffentlichen Raums, besondere Wohnbedürfnisse und Siedlungsstrukturen, Infrastruktur und Versorgung, Fragen der Mobilität – mit diesen Themenfeldern haben sich vier, eher ländlich geprägte Kommunen im Umfeld Münchens im Rahmen eines einjährigen Arbeitsprozesses beschäftigt. Angeleitet von einem Planungsbüro haben die Kommunen gemeinsam mit Bürgern und verschiedenen Akteuren und Spezialisten die Thematik diskutiert und erörtert.

Im Ergebnis entstand ein Städtebaulich-Soziales Konzept (ISSK) mit Leitlinien und Projekten, das 2015 einstimmig verabschiedet wurde. Dazu ist ein bis heute funktionierendes Netzwerk entstanden, welches erlaubt, kommunale Entscheidungen zu optimieren und sie nicht im Wettstreit, sondern abgestimmt und auf Synergien hin auszurichten. Von solch interkommunalen Handlungsweisen profitieren künftig alle vier beteiligten Gemeinden in Hinblick auf eine demografiegerechte Entwicklung. Die interkommunale Untersuchung und der Arbeitsprozess der Gemeinden wurden als Modellstudie durch Planungszuschüsse der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern gefördert; diese werden für modellhafte Planungen von Gemeinden zur Verfügung gestellt.



### KULTURREGION ALZ UND MÖRNBACH

Acht Kommunen in den Landkreisen Altötting und Mühldorf

Die Gemeinde Unterneukirchen beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Entwicklung ihrer Dorfmitte. Nach Verlegung der B299 aus dem Ortskern hat man im Rahmen von Städtebauförderung die historische Chance genutzt, eine neue Dorfmitte zu schaffen. Dabei besann man sich auf den Wert eines ehemaligen Schulhauses und früheren Pfarramtes. Dieses ortsbildprägende Baudenkmal mit neuem Leben zu füllen und für die Zukunft als Element der Ortsmitte zu sichern – das war die erklärte Zielsetzung der Gemeinde.

Unter der Federführung von Unterneukirchen haben sich acht Kommunen zu einer interkommunalen Zusammenarbeit „Kulturregion an Alz und Mörnbach“ entschlossen und unter Anleitung eines Planungsbüros im Jahr 2012 ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erarbeitet. Dabei wurden Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge erörtert und abgestimmt. Soziale Themen, respektive Senioren und Jugendliche, standen zentral im Fokus.

So entstand schließlich ein Nutzungskonzept für das Kulturhaus das auch für die Bürger aus den Nachbargemeinden attraktiv ist und entsprechend genutzt wird. Auf Basis dieser interkommunal abgestimmten Zielsetzung war es möglich, über eine Aufnahme in das Bund-Land-Programm der Städtebauförderung „Kleinere Städte und Gemeinden“, Fördermittel für die Baumaßnahme „Sanierung des Kulturhauses“ zu erhalten. Darüber hinaus ist aus der Kooperation ein produktiver Gedanken- und Erfahrungsaustausch verschiedenster Akteure entstanden, der als Netzwerk weitergeführt wird.



## WOHNUNGSBAU INTERKOMMUNAL

13 Gemeinden im Landkreis Starnberg

Der „Verband Wohnen“ im Kreis Starnberg wurde im März 1950 als Zweckverband für den sozialen Wohnungsbau im Landkreis gegründet, um der nach dem Krieg herrschenden Wohnungsnot durch den Bau von Mietwohnungen zu begegnen. Heute sind im „Verband Wohnen“ mit Ausnahme der Stadt Starnberg sämtliche 13 Gemeinden des Landkreises und der Landkreis selbst vertreten. Aktuell wird ein Bestand von ca. 2300 eigenen Mietwohnungen (öffentlich gefördert und freifinanziert) bewirtschaftet, deren Standorte sich auf den ganzen Landkreis verteilen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärft sich mit der demografischen Entwicklung. Der Verband stärkt daher sein kontinuierlich laufendes Neubauprogramm in jüngster Zeit deutlich. Laufend werden geeignete Grundstücke für weitere Projekte gesucht.

Beim Bau seiner Wohnanlagen legt der Verband besonderen Wert auf architektonische Qualität. Ein Mittel dafür ist die Durchführung konkurrierender Planungsverfahren. In der vergleichenden Beurteilung unterschiedlicher Lösungsansätze wird dabei das am besten geeignete Konzept ausgewählt. Berücksichtigt werden nicht nur die Errichtung der Gebäude, sondern auch der spätere Betriebs- und Bewirtschaftungsaufwand. Durch die landkreisweite Planung können Grundstücke zur Baulandentwicklung städtebaulich sinnvoll und nachhaltig bereitgestellt werden. Der Zusammenschluss zu einem Zweckverband ist zwar organisatorisch zeitintensiver, ermöglicht aber



Pöcking, Ascheringer Weg

die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Verbandsmitglieder.

Im neuen Kommunalen Wohnraumförderprogramm „KommWFP“ sind neben Gemeinden auch kommunale Zusammenschlüsse in Form von Zweckverbänden antragsberechtigt. Damit steht dem „Verband Wohnen“ im Kreis Starnberg ein überaus attraktives Finanzierungsinstrument für seine aktuellen Projekte zur Verfügung. Ein Ziel des „Verbands Wohnen“ war es bislang, ältere Menschen mit selbständig zu nutzendem, bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. So konnten seit dem Jahr 2002 in Andechs, Berg, Feldafing, Gauting, Gilching, Inning, Pöcking, Tutzing, Weßling und Wörthsee altengerechte Wohnungen errichtet werden.

Bei diesen Projekten kommt dem

Standort der Wohnanlage entscheidende Bedeutung zu. Durch eine zentrumsnahe Lage mit guter Erreichbarkeit von Versorgungs- und Serviceeinrichtungen soll eine dauerhaft (auch bei zunehmender Hilfe- und Pflegebedürftigkeit) selbständige Lebensführung in der eigenen Wohnung möglich werden. In einer Region mit hohen Mieten und Baukosten wird es zunehmend zur Aufgabe des „Verbands Wohnen“, für alle Haushalte - unabhängig vom Einkommen - bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Weitere Projekte in Berg, Gilching, Inning, Krailling, Seefeld, Tutzing, Weßling und Wörthsee mit rd. 250 Wohnungen und einem Investitionsvolumen von annähernd 70 Mio. Euro befinden sich derzeit in Vorbereitung.

## WEITERE INFORMATIONEN

[www.stmi.bayern.de/suk/kommunen/komzusammenarbeit](http://www.stmi.bayern.de/suk/kommunen/komzusammenarbeit)

[www.stmi.bayern.de/buw/staedtebauforderung/foerderschwerpunkte/interkommunalemassnahmen](http://www.stmi.bayern.de/buw/staedtebauforderung/foerderschwerpunkte/interkommunalemassnahmen)

[www.stmi.bayern.de/buw/staedtebau/planungszuschuesse](http://www.stmi.bayern.de/buw/staedtebau/planungszuschuesse)

[www.stmi.bayern.de/buw/wohnen/wohnungspakt/wohnraumfoerderung](http://www.stmi.bayern.de/buw/wohnen/wohnungspakt/wohnraumfoerderung)

## IMPRESSUM

### Herausgeber und Kontaktadresse:

Regierung von Oberbayern  
Bereich 3 Bauwesen  
Projektgruppe Sonderaufgaben Städtebau (3-PSS)  
80534 München  
Tel.: 089/2176-0, Fax: 089/2176-2854  
E-mail: [poststelle@reg-ob.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ob.bayern.de)

### Redaktion und Beiträge:

Ursula Graß und Katharina Zahn (3-PSS),  
Eva Steinkirchner (SG 34.2),  
Dr. Lore Mühlbauer und Helga Tichai (SG 35)

### Gestaltung:

Rositha Bergold (3-PSS)

### Druck:

Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, München  
Februar 2017

Dieser Infobrief ist auch im Internet abrufbar:  
<http://www.regierung-oberbayern.de/>



## INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT — GRUNDLAGEN

Es gibt viele Ursachen, weshalb die interkommunale Handlungsstrategie mehr denn je in den Fokus rückt. Es sind die positiven Effekte, die diese Herangehensweise zu einer zukunftsweisenden Lösung machen. Handlungsfelder, in denen Chancen für kommunale Unionen liegen, sind weit gefächert. Mehr und mehr finden sich Potenziale in kommunalen Aufgaben, die in vorbildlichen Zukunftsmodellen umgesetzt werden können.

Die Möglichkeiten bei der Umsetzung sind dabei vielfältig. Ein konkretes, festes Ablaufschema für interkommunale Vorhaben kann man nicht festlegen, zu verschieden sind die Schwerpunkte einzelner Projekte. Es gibt aber konkrete Begriffe und Rahmenbedingungen, wie interkommunale Vorhaben abgewickelt werden können. Dabei haben es die Kommunen in der Hand, unterschiedliche Kooperationsaufgaben und Organisationsformen, Umsetzungsstrategien und Arbeitsweisen den jeweils konkreten lokalen und regionalen Verhältnissen, Bedürfnissen und Besonderheiten anzupassen.

Die Chance entsteht für die Gemeinden, die eigene kommunale Zukunft aktiv zu gestalten und Entwicklungsperspektiven, Leitbilder und Ziele sowie einzelne, konkrete Projekte zu erarbeiten und erfolgreich umzusetzen.

### WESHALB interkommunale Zusammenarbeit?

- Auswirkungen des demografischen Wandels meistern
- Knappe kommunale Haushaltsmittel effektiv einsetzen
- Infrastruktureinrichtungen auslasten
- Art und Qualität kommunaler Aufgabenerledigung ausbauen
- „Kritische Betriebsgröße“ Effizienz größerer Einheiten nutzen
- Digitalisierung und Flexibilisierung als Chance nutzen
- Starke regionale Standorte für die Globalisierung bilden

### WER kann interkommunal zusammen arbeiten?

- Kommunen
- Landkreise
- Kommunale Verbände
- Verwaltungsgemeinschaften
- Kommunale Unternehmen

### WOFÜR interkommunale Zusammenarbeit?

- Geschäftsprozesse verdichten
- Integrierte Strategien entwickeln
- Standardisierungs- und Spezialisierungsgrad erhöhen
- Ressourcen wirtschaftlich einsetzen
- Doppelstrukturen verringern
- „Optimale Betriebsgröße“ für eine Aufgabe
- Personalkosten senken und effiziente Arbeitsstrukturen schaffen
- Externe Dienstleistungskosten senken
- Spezialisiertes Fachpersonal für mehrere Verwaltungen einsetzen
- Vielseitigere Ausbildungsmöglichkeiten in kleinen Kommunen
- Kompetenz für die Kommunen
- Verantwortung und Risiken auf mehrere Schultern verteilen
- Kommunales Leistungsangebot verbessern und erweitern
- Aufgabengebiete, die überörtliche Ausrichtung erfordern, besser bewältigen
- Regionale Identität ausbauen
- Kommunale Konkurrenz abbauen
- Das strategische Gewicht gegenüber Dritten, z.B. Investoren stärken
- Die kommunale Identität durch Schaffung von Gestaltungsspielraum stärken

### WAS kann interkommunal umgesetzt werden?

- Abfallentsorgung
- Wasser Ver- und Entsorgung
- Ausbildung von Fachpersonal
- Ausschreibungen und Vergabe
- Bauhof
- Bauleitplanung
- Beratungseinrichtungen
- Beschaffungswesen
- Bildungswesen
- E-Government / EDV
- Energieversorgung
- Erneuerbare Energien
- Feuerwehren
- Flächenmanagement
- Gesundheit
- Gewerbeflächenpool
- Kinder-, Jugend-, Seniorenarbeit
- Kindertageseinrichtungen
- Klimaschutz
- Kunst und Kulturpflege
- Natur-/ Gewässerschutz
- Obdachlosenaufnahme
- ÖPNV und Mobilität
- Pflegeeinrichtungen
- Polizei
- Raum- und Ortsentwicklung
- Regionalinteressen
- Schulwesen / Sportstätten
- Tourismus und Naherholung
- Kultur-/ Freizeiteinrichtungen
- Verwaltung, z.B. Standesamt
- Wirtschaftsförderung
- Wander- und Radwegenetz

## WIE definiert sich ein interkommunales Projekt?

### Kooperationsstrategien

- Kosten bleiben gleich, Leistung steigert sich (Effizienzsteigerung)
- Leistung bleibt gleich, Kosten senken sich (Kosteneinsparung)

### Kooperationsintensität

- Koordination der Aufgabenerfüllung zwischen selbständigen Partnern
- Ein Partner erbringt die Leistungen für andere
- Zusammenlegung von Organisationseinheiten oder ganzer Verwaltungen
- Gründung eines besonderen Trägers

### Kooperationsarten

#### Horizontale Kooperation

- Gleichberechtigte Partner agieren auf der gleichen Ebene
- Häufigste Form der Interkommunalen Zusammenarbeit

#### Diagonale Kooperation

- Partner verschiedener Größe agieren auf der gleichen Ebene
- Sehr hohes Potenzial für Effizienz und Kosteneinsparung

#### Vertikale Kooperation/Gekreuzte Kooperation

- Unterschiedliche Verwaltungsebenen, z. B. Kommune und Kreis kooperieren
- Sehr hohes Potenzial für Effizienz und Kosteneinsparung

#### Entwicklungspolitische Kooperation

- Strategische und planerische, langfristig angelegte Kooperationen
- häufig besteht überregionaler Zusammenhang

#### Verwaltungspolitische Kooperation

- Konkrete Kooperationen im Rahmen der üblichen Verwaltung
- Vielversprechende Kooperationsstrategie für kleinere Kommunen

### Kooperationsformen

- Kommunale Arbeitsgemeinschaft
- Zweckvereinbarung
- Zweckverband
- Planungsverband / gemeinsame Flächennutzungsplanung
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
- Verwaltungsgemeinschaften
- Privatrechtliche Unternehmensformen (GmbH und AG)
- Privatrechtliche Vereinbarungen
- Eingetragener Verein
- Genossenschaft
- u.a.

### Kooperationsbegleitende Instrumente

- Bürgereinbindung
- Projektgruppen
- Runde Tische
- Gesprächsforen
- Koordinierungsbüros
- Beratung
- Information
- u.a.

### Stationen in der Umsetzung

- Interkommunale Grundlagenarbeit
- Handlungsfelder und Ziele
- Machbarkeitsstudie und Szenarien
- Umsetzungsstrategie und Konzept
- Vernetzung und Interdisziplinarität
- Federführung und Zuständigkeiten
- Bürgerbeteiligung und Information
- Beschluss in den Entscheidungsgremien
- Beratung an Landratsamt und Regierung
- Ablauf und Verfahren
- Austausch zu Referenzprojekten
- Förderantrag und Bewilligung
- Projektstart und Maßnahmebeginn
- Ausschreibung und Vergabe
- Zeitplan und Management
- Gesetz und Umsetzung
- Synergien und Erfahrungswerte



#### Ansprechpartner in den Regierungen:

[www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/ansprechpartner\\_für\\_interkommunale\\_zusammenarbeit\\_bei\\_den\\_regierungen.pdf](http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/ansprechpartner_für_interkommunale_zusammenarbeit_bei_den_regierungen.pdf)

#### Literaturgrundlagen:

Älter werden auf dem Land

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, 2012

Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen - Untersuchung des Instruments hinsichtlich der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, 2012